



## Geschäftsführung Integrationsrat

Frau Ehinger

Telefon: (0221) 0221/221-29580

Fax: (0221) 0221/221-29166

E-Mail: Simone.Ehinger@STADT-  
KOELN.DE

Datum: 10.03.2017

## Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 23.01.2017, 15:00 Uhr bis 17:20 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

## Anwesend waren:

### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Tayfun Keltek	TSD
Herr Ahmet Edis	GOL
Frau Antonella Giurano	Italiani per Colonia
Frau Figen Maleki Balajou	LiL
Herr Eli Abeke	BÜNDNIS 14
Herr Ahmet Altinova	KL
Herr Mehmet Akif Ayata	Mevlana
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
Frau Vilma Ecken	LiL
Herr Ali Esen	LB
Herr Eugen Litvinov	
Herr Stefan-Lazar Mitu	INK
Herr Turan Özkücük	TSD
Frau Stella Shcherbatova	Einheit
Herr Silvio Vallecoccia	Italiani per Colonia
Herr Christian Joisten	SPD
Herr Malik Karaman	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Frau Ira Sommer	CDU
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Herr Firat Yurtsever	GRÜNE
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Frau Katja Hoyer	FDP

## Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Saskia Dieke	Arbeitgeberverband Kölnmetall
Frau Petra Hovi	Agentur für Arbeit
Frau Öznur Naz	Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Herr Claus-Ulrich Pröbß	Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e.V.
Herr Erkan Zorlu	Deutscher Gewerkschaftsbund

## Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Nikolay Barbov	GOL	Vertretung von Frau Barbara Brunelli
Frau Sevil Inal	KL	Vertretung von Frau Ebru Coban
Herr Peter Kron	SPD	Vertretung von Frau Susana dos Santos Herrmann
Herr Stephan Pohl	CDU	Vertretung von Herrn Dr. Ralph Elster
Herr Thomas Welter	CDU	ab 16:25 Uhr Vertretung von Frau Ira Sommer

## Verwaltung

Frau Simone Ehinger	Verwaltung - Geschäftsstelle Integrationsrat (5001/1)
Frau Susanne Kremer-Buttkereit	Verwaltung - Kommunales Integrationszentrum (5001/1)
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau	Verwaltung - Dezernat V (Soziales, Integration und Umwelt)
Frau Nina Rehberg	Verwaltung - Diversity (5001)
Herr Andreas Vetter	Verwaltung - Geschäftsführung Integrationsrat (5001/1)

## Presse

## Zuschauer

## Entschuldigt fehlen:

## Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ebru Coban	KL	Vertretung durch Frau Sevil Inal
Frau Jaklin Chatschadorian	CI	
Herr Nebil Bayrakcioglu	GK	entschuldigt!
Frau Barbara Brunelli	GOL	Entschuldigt! Vertretung durch Herrn Nikolay Barbov
Frau Gülgün Durdu	DEIN KÖLN	
Herr Ibrahim Toure	LiL	
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	Entschuldigt! Vertretung durch Herrn Peter Kron
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	Vertretung durch Herrn Stephan Pohl

## **Mitglieder mit beratender Stimme**

Frau Gabriele von Dombois	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Martina Domke	Diakonisches Werk
Frau Susanne Rabe-Rahman	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Michael Sewenig	Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e.V.

Der Vorsitzende Herr Keltek eröffnet die Sitzung, begrüßt die Mitglieder des Integrationsrates und wünscht allen Anwesenden ein frohes, gesundes und erfolgreiches neues Jahr 2017.

Vor Einstieg in die Tagesordnung erteilt er folgende Hinweise:

Am Samstag, den 28.01.2017 von 10:30 – 16:30 Uhr findet eine Klausurtagung in den Räumlichkeiten der Geschäftsstelle des Integrationsrates statt. Herr Keltek bittet um zahlreiche Teilnahme sowie um Anmeldung bei Herrn Vetter.

Am Donnerstag, den 16.02.2017 um 17:00 Uhr findet in Kooperation mit dem Landesintegrationsrat eine Veranstaltung im Rathaus mit dem Titel „Vielfalt schätzen – Rassismus ächten“ statt.

Des Weiteren begrüßt er die anwesenden Gäste, die im Rahmen der Schulung „Aufbau und Arbeitsweise der Stadtverwaltung“ für neue, extern eingestellte Mitarbeiter/innen die Gremienarbeit der Stadt Köln kennenlernen möchten.

Sodann liest er die Tagesordnungspunkte vor, die nachträglich aufgenommen wurden:

- 1.2 Beantwortung einer Anfrage des AK 5 zum Sachstand generelle Aufnahme der Thematik 'Interkulturelle Kompetenz' bei städtischen Fortbildungen
- 3.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zu Projekten des Europäischen Sozialfonds
- 3.5 Beantwortung einer Anfrage zur Anwendung der Entschädigungsverordnung NRW
- 4.3 Anfrage zu Beratungsstellen für Senior\*innen mit Zuwanderungsgeschichte
- 4.4 Anfrage zu Altenpflegeeinrichtungen für Senior\*innen mit Zuwanderungsgeschichte
- 5.5 Teilnahme der Stadt Köln am Landesprogramm "Kein Kind zurücklassen!"
- 5.6 1. Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln
- 5.7 Mitteilung zum Projektstart des ESF-Projektes „Willkommen und Ankommen in Köln“ ab 01.01.2017
- 5.8 Mal- und Fotowettbewerb zur Rainbow-Cities-Ausstellung 2017
- 5.9 Pressemitteilung zu Unterkünften für LGBTI-Geflüchtete
- 5.10 Praktika für geflüchtete junge Menschen- bisherige Anfragen und Vermittlungen
- 5.11 Aktuelle Situation der Beschulung neu zugewanderter Kinder und Jugendliche
- 5.12 Aktuelle Informationen zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen - 12. Bericht  
- als Tischvorlage –
- 5.13 Beschluss des Rates in seiner Sitzung vom 20.12.2016 zu Mindeststandards für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten  
- als Tischvorlage -

Hinter TOP 6.2:

Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag - Erstellung eines Handlungskonzepts zur Erhöhung der Bewerbungs- und Einstellungszahlen

- 6.3 Benennung eines Teilstückes des Stammheimer Ufers nach Ali Kurt
- 8.1 Übertragung von Finanzmitteln des Integrationsrates in das Jahr 2017
- 8.2 "Flüchtlinge in Köln willkommen heißen"
- 8.3 Dringend notwendige Errichtung von mobilen Wohneinheiten zur Flüchtlingsunterbringung - An den Gelenkbogenhallen,
- 8.4 Errichtung von vier konventionellen Bauten auf den städtischen Grundstücken RM Yurtsever erkundigt sich, wo die Tischvorlage „Beschluss des Rates in seiner Sitzung vom 20.12.2016 zu den Mindeststandards für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten“ in der Tagesordnung einzuordnen sei.

Die Verwaltung Frau Rehberg teilt mit, dass die Vorlage erst am heutigen Tage schlussgezeichnet worden sei und vorgeschlagen werde, sie als Mitteilung unter 5.13 als Tischvorlage zu behandeln

Herr Pröhl schlägt vor, die TOPs 5.3 und 5.12 zusammen zu behandeln. RM Herr Josten fragt, ob zu TOP 5.11 ein Vertreter des zuständigen Fachamtes anwesend sei. Dies ist nicht der Fall. Die Verwaltung Frau Kremer-Buttkereit sagt jedoch zu, evtl. Rückfragen zu beantworten.

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt über die so ergänzte bzw. geänderte Tagesordnung abstimmen. Diese wird einstimmig beschlossen.

IRM Herr Abeke informiert die Anwesenden darüber, dass er bei seiner Ankunft im Rathaus von der Sicherheitsfirma am Empfang gefragt wurde, zu welchem Anlass er das Rathaus aufsuche. Er teilte mit, dass er an der Integrationsratssitzung um 15:00 Uhr teilnehmen wolle. Daraufhin wurde er weiter gefragt, in welchem Raum die Sitzung stattfindet. Er erwiderte, dass er die Raumnummer nicht nennen könne, den Raum aber durch zahlreiche frühere Sitzungen kenne. Die Mitarbeiterin der Sicherheitsfirma wollte ihn jedoch nicht passieren lassen, obwohl er mehrfach wiederholte, dass er sich auskenne. Als Herr Pröhl hinzukam, wurde dieser nicht gefragt, was sein Anliegen im Rathaus sei. Herr Abeke fragt alle übrigen Anwesenden, ob sie bei ihrer Ankunft im Foyer des Rathauses ebenfalls nach dem Anlass ihres Besuches gefragt wurden.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau äußert sein Bedauern über die ungleiche Behandlung durch das Sicherheitspersonal. Er selbst sei heute nicht angesprochen worden, jedoch in der Vergangenheit bereits dreimal. Er bestätigt, dass die heutige Vorgehensweise des Sicherheitspersonals eine selektive Prüfung der Besucher\*innen des Rathauses, die u. a. aufgrund der Hautfarbe erfolgt, vermuten lasse und sagt zu, diese Angelegenheit im Stadtvorstand vorzutragen. Er bittet um Entschuldigung für die Vorgehensweise des Sicherheitspersonals, weist jedoch auch daraufhin, dass man sich grundsätzlich bzgl. des Themas „Sicherheit“ in einer zum Teil angespannten Situation befinde.

RM Frau Heuser teilt mit, dass sie im Hauptgebäude auch bereits mehrfach vom Personal am Empfang angesprochen worden sei. Dieses aufmerksame Verhalten beruhe jedoch auf früheren Vorfällen, in denen Mitarbeiter\*innen des Rathauses von Perso-

nen, die sich unberechtigt im Gebäude aufhielten, bedroht wurden. Das Vorgehen müsse nicht zwingend einen rassistischen Hintergrund haben.

Herr Prölß ergänzt, dass die Mitarbeiterin der Sicherheitsfirma erklärt habe, sie handle entsprechend einer Weisung, wonach alle ankommenden Personen nach dem Grund ihres Besuches gefragt werden müssten. Er selbst sei aber noch nie angesprochen worden, obwohl er auch häufiger zu Terminen ins Rathaus komme. Er fragt, ob und seit wann es diese Weisung tatsächlich gebe und wie das Sicherheitspersonal geschult werde in Bezug auf die Umsetzung.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau sichert eine Klärung zu.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

Vorstellung einer Institution / eines Trägers der Integrationsarbeit

#### **1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**

1.1 Beantwortung von mündlichen Nachfragen aus der Sitzung des Integrationsrates am 31.10.2016 zum TOP 1.2 zum Thema Gesundheitswegweiser (3126/2016)  
4141/2016

1.2 Beantwortung einer Anfrage des AK 5 zum Sachstand der Umsetzung des Interkulturellen Maßnahmenprogramms - Maßnahmeempfehlungen - generelle Aufnahme der Thematik 'Interkulturelle Kompetenz' bei städtischen Fortbildungen - AN/0390/2016  
0173/2017

#### **2 Gleichstellungsrelevante Themen**

#### **3 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

3.1 Beantwortung einer Anfrage zur Mitteilung der Verwaltung zum Kölner Modell zur Förderung und Integration von Flüchtlingskindern im Elementarbereich (AN/1820/2016)  
3989/2016

3.2 Beantwortung der mündlichen Anfrage von IRM Herr Litvinov zu Top 5.3 "Sachbericht zum EHAP- Projekt BONVENA" in der Sitzung vom 31.10.16  
4166/2016

3.3 Beantwortung einer Anfrage - Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP)  
1609/2016  
4169/2016

3.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung vom 31.10.2016  
Sachstandsmitteilung zu den Projekten des Europäischen Sozialfonds „Weiterentwicklung Willkommen in Köln“ und „Willkommen und Ankommen in Köln“  
0022/2017

3.5 Beantwortung einer Anfrage zur Anwendung der Entschädigungsverordnung NRW  
AN/1972/2016  
0150/2017

#### **4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

4.1 Anfrage zu Ressourcen für KiTas im Bereich mehrsprachige Förderung  
AN/2012/2016

4.2 Anfrage zum Präventionsprogramm gegen gewaltbereiten Salafismus  
AN/2148/2016

4.3 Anfrage zu Beratungsstellen für Senior\*innen mit Zuwanderungsgeschichte  
AN/0028/2017

4.4 Anfrage zu Altenpflegeeinrichtungen für Senior\*innen mit Zuwanderungsgeschichte  
AN/0029/2017

#### **5 Mitteilungen**

5.1 Landesprogramm "Wegweiser!"  
3507/2016

5.2 Darstellung der Sparten im Kulturausschuss  
hier: Szenebericht Tanz  
4020/2016

5.3 11. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation  
4026/2016

5.4 Kölner Initiative für vernetzte Kriminalitätsbekämpfung (KIVEK)  
4055/2016

5.5 Teilnahme der Stadt Köln am Landesprogramm "Kein Kind zurücklassen! Für ganz Nordrhein-Westfalen"  
0149/2017

5.6 1. Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln  
0009/2017

- 5.7 Mitteilung zum Projektstart des ESF-Projektes „Willkommen und Ankommen in Köln“ ab 01.01.2017  
0115/2017
- 5.8 Mal- und Fotowettbewerb zur Rainbow-Cities-Ausstellung 2017  
0140/2017
- 5.9 Pressemitteilung zu Unterkünften für LGBTI-Geflüchtete  
0148/2017
- 5.10 Praktika für geflüchtete junge Menschen- bisherige Anfragen und Vermittlungen  
4350/2016
- 5.11 Aktuelle Situation der Beschulung neu zugewanderter Kinder und Jugendliche  
4370/2016
- 5.12 Aktuelle Informationen zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen -  
12. Bericht  
0213/2017
- 5.13 Beschluss des Rates in seiner Sitzung vom 20.12.2016 zu Mindeststandards  
für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten  
0118/2017
- 6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 6.1 Antrag zur Verabschiedung des Positionspapieres ‚Identität stärken - natürliche  
Mehrsprachigkeit fördern!‘  
AN/1887/2016
- 6.2 Antrag zur Erstellung eines Handlungskonzeptes zur Erhöhung der Bewerbungs-  
und Einstellungszahlen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund  
AN/2161/2016
- Stellungnahme zum Antrag (AN/2161/2016) - Erstellung eines Handlungskonzeptes  
zur Erhöhung der Bewerbungs- und Einstellungszahlen von Jugendlichen mit  
Migrationshintergrund  
0156/2017
- 6.3 Benennung eines Teilstückes des Stammheimer Ufers nach Ali Kurt  
AN/0031/2017



**7      **Berichte****

7.1      Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

7.2      Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

**8      **Beschlussvorlagen****

8.1      Übertragung von Finanzmitteln des Integrationsrates in das Jahr 2017  
4264/2016

8.2      "Flüchtlinge in Köln willkommen heißen" - ein Projekt zur Unterstützung von  
Flüchtlingsinitiativen – Kooperationsprojekt Forum für Willkommenskultur  
Träger: Kölner Flüchtlingsrat e. V. und Kölner Freiwilligen Agentur e. V.  
3967/2016

8.3      Dringend notwendige Errichtung von mobilen Wohneinheiten zur Flüchtlings-  
unterbringung -  
hier: An den Gelenkbogenhallen, 50679 Köln-Deutz, Flur 33, Flurstück 904  
0277/2016

8.4      Errichtung von vier konventionellen Bauten auf den städtischen Grundstücken  
Pater-Prinz-Weg, 50997 Köln-Rondorf zur Flüchtlingsunterbringung - Pla-  
nungsbeschluss  
4223/2016

**9      **Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des  
Integrationsrates****

**10     **Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrati-  
onsrates****

## I. Öffentlicher Teil

### **Vorstellung einer Institution / eines Trägers der Integrationsarbeit**

#### **1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**

##### **1.1 Beantwortung von mündlichen Nachfragen aus der Sitzung des Integrationsrates am 31.10.2016 zum TOP 1.2 zum Thema Gesundheitswegweiser (3126/2016) 4141/2016**

IRM Herr Litvinov weist nochmals darauf hin, dass in der Vergangenheit bereits die Notwendigkeit des Gesundheitswegweisers in Papierform geäußert wurde. Er wiederholt diese erneut und fragt, wann mit dem Gesundheitswegweiser in Papierform gerechnet werden könne.

Darüber hinaus wird die Beantwortung zur Kenntnis genommen.

##### **1.2 Beantwortung einer Anfrage des AK 5 zum Sachstand der Umsetzung des Interkulturellen Maßnahmenprogramms - Maßnahmeempfehlungen - generelle Aufnahme der Thematik 'Interkulturelle Kompetenz' bei städtischen Fortbildungen - AN/0390/2016 0173/2017**

RM Frau Hoyer stellt fest, dass die geschaffene Regelung, dass bei städtischen Fortbildungen, insbesondere bei Neueinstellungen, das Thema „Interkulturelle Kompetenz“ berücksichtigt werde, eine große Verbesserung darstelle und spricht der Verwaltung dahingehend ein Lob aus.

IRM Herr Litvinov merkt an, dass die gestellten Fragen jedoch nicht beantwortet wurden.

Der Vorsitzende Herr Keltek erwidert, dass in diesem Falle die Anfragen nochmals an die Verwaltung zur Beantwortung zurückgegeben werden müssten.

IRM Herr Edis schließt sich an und bemängelt weiterhin, dass nicht transparent genug dargestellt werde, in welchen Bereichen die städtischen Mitarbeiter\*innen bzgl. dieser Thematik geschult würden und dass keine absoluten Zahlen erhoben werden. Erfreulich sei jedoch die verpflichtende Teilnahme neuer Mitarbeiter\*innen an Schulungen, die die Thematik zum Gegenstand haben. Die ungleiche Behandlung von IRM Herrn Abeke beim Einlass ins Rathaus zeige, wie wichtig das Thema sei.

#### **2 Gleichstellungsrelevante Themen**

Es liegen keine gleichstellungsrelevanten Themen vor.

**3 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

**3.1 Beantwortung einer Anfrage zur Mitteilung der Verwaltung zum Kölner Modell zur Förderung und Integration von Flüchtlingskindern im Elementarbereich (AN/1820/2016)  
3989/2016**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

**3.2 Beantwortung der mündlichen Anfrage von IRM Herr Litvinov zu Top 5.3 "Sachbericht zum EHAP- Projekt BONVENA" in der Sitzung vom 31.10.16  
4166/2016**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

**3.3 Beantwortung einer Anfrage - Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP)  
1609/2016  
4169/2016**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

**3.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung vom 31.10.2016 Sachstandsmitteilung zu den Projekten des Europäischen Sozialfonds „Weiterentwicklung Willkommen in Köln" und „Willkommen und Ankommen in Köln“  
0022/2017**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

**3.5 Beantwortung einer Anfrage zur Anwendung der Entschädigungsverordnung NRW  
AN/1972/2016  
0150/2017**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

**4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

**4.1 Anfrage zu Ressourcen für KiTas im Bereich mehrsprachige Förderung  
AN/2012/2016**

Eine Beantwortung der Verwaltung liegt noch nicht vor.

IRM Herr Vallecoccia teilt mit, dass zu den Vorlagen unter TOP 4 (Anfragen) keine Unterlagen versandt wurden.

Die Verwaltung Herr Vetter sagt zu, beim Sitzungsdienst nachzufragen.

**4.2 Anfrage zum Präventionsprogramm gegen gewaltbereiten Salafismus  
AN/2148/2016**

Eine Beantwortung der Verwaltung liegt noch nicht vor.

**4.3 Anfrage zu Beratungsstellen für Senior\*innen mit Zuwanderungsgeschichte  
AN/0028/2017**

Eine Beantwortung der Verwaltung liegt noch nicht vor.

**4.4 Anfrage zu Altenpflegeeinrichtungen für Senior\*innen mit Zuwanderungsgeschichte  
AN/0029/2017**

Eine Beantwortung der Verwaltung liegt noch nicht vor.

**5 Mitteilungen**

**5.1 Landesprogramm "Wegweiser!"  
3507/2016**

RM Herr Yurtsever erkundigt sich, wann mit dem Erhalt der Ipads für die Integrationsratsmitglieder zu rechnen sei.

IRM Herr Litvinov antwortet, dass er bereits ein Rundschreiben der Verwaltung erhalten habe. Darin wird mittels einer Abfrage bis 03.02.2017 ermittelt, wer ein städtisches ipad benötige, wer sein eigenes Gerät nutzen möchte und wer kein Interesse an der mobilen Gremienarbeit habe.

Die Verwaltung Herr Vetter sagt zu, das Rundschreiben nochmals per E-Mail an alle gewählten Mitglieder zu versenden.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.2 Darstellung der Sparten im Kulturausschuss  
hier: Szenebericht Tanz  
4020/2016**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.3 11. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation  
4026/2016**

Dieser TOP wird vereinbarungsgemäß gemeinsam mit TOP 5.12 behandelt.

RM Frau Schultes kritisiert, dass die SPD erst durch eine Pressemitteilung erfahren habe, dass auf einem Grundstück in Höhenberg, welches von einer Gärtnerei genutzt werde, die seit Jahren erfolglos versuche, einen Erweiterungsbau zur Nutzung als Geräteschuppen zu errichten, nun eine Flüchtlingsunterkunft entstehen solle. Beteiligt

war hierbei nur der Beirat der Unteren Landschaftsbehörde, nicht aber der Ausschuss für Soziales und Senioren oder der Integrationsrat.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau äußert sein Bedauern über diese Situation und erklärt sie wie folgt: Die Verwaltung prüfe derzeit eine große Anzahl an Grundstücken, viele dieser Grundstücke würden darüber hinaus unter Umweltgesichtspunkten geprüft. Es sei nicht praktikabel, all diese Grundstücke, deren Nutzung aber anschließend zum Teil nicht weiterverfolgt werde, in allen Ausschüssen einzeln zu benennen. Dennoch sei es unglücklich, dass ein in die engere Wahl genommenes Grundstück erst über die Presse bekannt geworden sei. Das Thema sei auch bereits beim Runden Tisch für Flüchtlingsfragen besprochen worden.

RM Frau Hoyer fragt, ob es sich tatsächlich um eine zu große Anzahl an Grundstücken handele, die den ersten Vorprüfungen standhielten und der Unteren Landschaftsbehörde zur Kenntnis gebracht würden, um sie ab diesem Zeitpunkt auch in die Ausschüsse zu geben.

RM Herr Joisten ergänzt nochmals, dass alle zuständigen Gremien informiert sein müssen, sobald ein konkretes Grundstück in einer öffentlichen Vorlage erwähnt werde, um sprach- und auskunftsfähig zu sein.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau teilt mit, dass zu dieser Angelegenheit eine schriftliche Stellungnahme erfolgen werde.

#### **5.4 Kölner Initiative für vernetzte Kriminalitätsbekämpfung (KIVEK) 4055/2016**

Der Vorsitzende Herr Keltek informiert, dass die Verwaltung Frau Ortmann vom Amt für öffentliche Ordnung, Abteilung Ausländerangelegenheiten, für Rückfragen zur Verfügung steht.

RM Frau Tokyürek fragt zunächst, in welches Projekt die Beschuldigten aufgenommen werden (s. Seite 1).

Des Weiteren vertritt sie die Ansicht, dass diejenigen, die in Deutschland straffällig werden, auch hier dem Strafprozess zugeführt werden sollten. Sie erkundigt sich, ob dieser Grundsatz angewandt werde oder ob es in Einzelfällen so sei, dass stattdessen auch aufenthaltsrechtlich-beendende Maßnahmen vorgenommen würden.

RM Frau Heuser möchte wissen, wie die Definition von Intensivtäter lautet.

IRM Herr Edis schließt sich dieser Frage an und erkundigt sich darüber hinaus, ob auch Bagatell-Angelegenheiten wie Schwarzfahren dazu führen können, dass Personen durch Aufsummierung aller Straftaten als Intensivtäter gelten. Wenn dem so sei, fände er dies problematisch.

Herr Prölß fragt, wie die Ausländerbehörde bzw. die Polizei das „Sicherheitsgefühl der Bevölkerung“ definiert, misst und welche Folgen daraus abzuleiten seien.

Herr Zorlu möchte wissen, ob ausländerrechtliche Verfahren bereits vor Verurteilung der Beschuldigten in Gang gesetzt werden können.

RM Herr Yurtsever fragt, welche konkreten Straftaten zur Eigenschaft „Intensivstraftäter“ führten, ob zu gegebener Zeit ein Bericht darüber erfolge, wie die Kooperation laufe, welche Schwierigkeiten sich im Laufe der Zeit entwickelten und welches Ergebnis sie habe.

Der Vorsitzende Herr Keltek erinnert an den vor einigen Jahren in den Medien unter dem Namen „Mehmet“ bekannt gewordenen Jugendlichen aus München, der in

Deutschland geboren, aufgewachsen und sozialisiert worden sei und nach zahlreichen strafrechtlichen Delikten aufgrund seines türkischen Passes in die Türkei abgeschoben worden sei, obwohl er in Köln keinerlei Verbindung mit der türkischen Community gehabt habe und auch kein Türkisch gesprochen habe.

Zum Thema Sicherheitsgefühl der Bevölkerung stellt er fest, dass ein Drittel der Bevölkerung in Köln Migrationshintergrund habe und bittet darum, auch deren Sicherheitsgefühl zu berücksichtigen.

Die Verwaltung Frau Ortmann bestätigt, dass Personen, die gegen aufenthaltsrechtliche Vorschriften verstoßen oder schwarzfahren, nicht aufgrund dessen als Intensivtäter gelten. Die genaue Definition oder zu erreichende Anzahl an Straftaten könne sie nicht wiedergeben, es müsse jedoch eine massive Schwere der Straftat sowie eine bestimmte Häufigkeit vorliegen. Jeder Fall werde einzeln geprüft analog dem polizeilichen Konzept „Mobile Täter im Visier“ auf Landesebene. „Normale“ Straftäter rutschen nicht in dieses Intensivtäterprogramm. Auch müssten mehrere Verurteilungen vorliegen, damit Personen in dieses Programm aufgenommen würden.

Nach einer Verurteilung existiert die Möglichkeit, nach der Strafprozessordnung von der Vollstreckung der Straftat abzusehen. Dies entscheide die Staatsanwaltschaft. Wenn eine Aufenthaltsbeendigung in Betracht komme, werde die Haftstrafe nicht in Deutschland vollstreckt, sondern es erfolge eine Abschiebung.

Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung sei naturgemäß schwer messbar. Man habe es als Begründung mit angeführt, da es aktuell in der Öffentlichkeit häufig thematisiert werde und offenbar in der Bevölkerung das Gefühl existiere, dass der Staat im Umgang mit Intensivtätern zum Teil nicht handlungsfähig genug zu sein scheine. Das Projekt habe den Zweck, bei diesen besonderen Tätern eine enge Abstimmung möglich zu machen und falls eine Abschiebung in Betracht komme, diese auch umzusetzen. Die Vermittlung dieses Zwecks solle bereits das Sicherheitsgefühl verbessern.

Bei einer möglichen Aufenthaltsbeendigung werde immer individuell eine Abwägung des Bleibeinteresses mit dem Ausweisungsinteresse vorgenommen. Wenn Personen in Deutschland stark verwurzelt seien oder über Freizügigkeitsrechte bzw. solche nach dem Assoziationsabkommen verfügten, sei das Bleibeinteresse höher anzusetzen als bei Personen, die sich erst seit kurzem im Land aufhielten. Die Fälle, in denen das Ausweisungsinteresse überwiege, würden innerhalb des Projekts betreut. Diejenigen Fälle, in denen das Bleibeinteresse überwiege, verblieben in der Sachbearbeitung.

Frau Ortmann nimmt den Wunsch eines Berichts (nach ca. einem Jahr) gerne auf.

Der Vorsitzende Herr Keltek bedankt sich bei Frau Ortmann für die Beantwortung der Nachfragen sowie für ihr Kommen.

## **5.5 Teilnahme der Stadt Köln am Landesprogramm "Kein Kind zurücklassen! Für ganz Nordrhein-Westfalen" 0149/2017**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

## **5.6 1. Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln 0009/2017**

IRM Herr Abeke erkundigt sich, ob sich die Ombudsstelle bei Rückfragen zunächst an die Amtsleitung des Wohnungsamtes wenden müsse oder ob es direkte Ansprechpartner gebe.

Herr Prölß schlägt vor, Vertreter\*innen der Ombudsstelle in die nächste Sitzung zur Vorstellung einzuladen.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau begrüßt diesen Vorschlag und informiert darüber, dass Frau Adams vom Amt für Wohnungswesen anwesend sei und für Rückfragen zur Verfügung stehe.

Die Verwaltung Frau Adams teilt mit, dass die Ombudsstelle in der Verwaltung in allen notwendigen Ämtern direkte Ansprechpartner habe, mit denen sie im laufenden Kontakt stehe und mit denen unmittelbar Kontakt aufgenommen werde, sobald eine Beschwerde bei der Ombudsstelle eingehe.

RM Frau Tokyürek bedankt sich für den ausführlichen Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle, der insbesondere die Problemlagen der besonders Schutzbedürftigen hervorhebe. Es sei eine gute Dokumentation der bisherigen Arbeit der Ombudsstelle. Sie bedankt sich ausdrücklich bei den beiden dort Beschäftigten für ihren Einsatz.

RM Frau Heuser bemerkt, dass lediglich 37 Fälle bearbeitet wurden bei einer immer noch großen Anzahl von fast 5.000 Personen, die in Turnhallen untergebracht seien.

Herr Prölß weist darauf hin, dass die Ombudsstelle erst Mitte August eingerichtet worden sei und sich der Bericht faktisch auf einen Zeitraum von drei Monaten beziehe. Für diesen kurzen Zeitraum erschienen die Zahlen deutlich weniger gering.

Der Vorsitzende Herr Keltek notiert den Vorschlag der Einladung der Ombudsstelle und bedankt sich bei Frau Adams für die Beantwortung der Rückfragen.

## **5.7 Mitteilung zum Projektstart des ESF-Projektes „Willkommen und Ankommen in Köln“ ab 01.01.2017 0115/2017**

RM Frau Tokyürek möchte wissen, warum das Projekt nicht die Situation am sog. „Arbeiterstrich“ in Köln-Ehrenfeld verbessern könne und erkundigt sich, welche Problemlagen dort bestünden.

Auch bittet sie um eine Einschätzung, warum sich Menschen aus Bulgarien bzw. Rumänien im Vergleich zu Menschen aus Polen bzw. Italien oder anderen EU-Staaten, die ebenfalls in der Mitteilung erwähnt werden, schlechter, langsamer bzw. anders integrieren.

IRM Frau Giurano erkundigt sich, ob das Projekt für den Bereich des sog. „Arbeiterstrichs“ in Ehrenfeld verlängert wurde, ob weiterhin dieselbe Person zuständig sei und ob die Anzahl der zuständigen Personen aufgrund der gestiegenen Zahlen der Betroffenen ggf. erhöht werde.

RM Herr Joisten bittet die Verwaltung um Erstellung einer Gesamtübersicht über die diversen aktuell existierenden Projekte. Diese sollte eine Kurzbeschreibung des Projekts, Informationen über die jeweiligen Zielgruppen sowie die Projektträger enthalten.

Der Vorsitzende Herr Keltek begrüßt diese Bitte.

Die Verwaltung Frau Rehberg sagt zu, eine entsprechende Übersicht anfertigen lassen zu wollen.

Auf die Fragen von Frau Tokyürek antwortet sie wie folgt:

Das Projekt „Willkommen und Ankommen in Köln“ wurde im Rahmen des Integrierten Handlungskonzepts gestartet. Ehrenfeld sei jedoch nicht mehr als Sozialraum ausgewiesen. Stattdessen wurden die Stadtteile Chorweiler und Meschenich aufgenommen. Aus diesem Grunde sei der „EVA“ (Ehrenfelder Verein für Arbeit und Qualifizierung e. V. bzw. eva gGmbH) auch nicht mehr als Projektträger involviert.

Es habe sich herausgestellt, dass man mit dem Projekt „Willkommen und Ankommen in Köln“ den Bereich des sog. „Arbeiterstrich“ in Ehrenfeld nicht erreiche. Hier sei eine andere Projektform, beispielsweise ein gemeinwesen-orientiertes Projekt, erforderlich bzw. eine andere Form der Sozialpädagogik. Die Personen, die sich dort aufhielten, seien in der Regel nur eine kurze Zeit lang in der Stadt (etwa als Saisonarbeiter/in). Aufgrund dessen seien die angebotenen Integrations- oder Sprachkurse nicht vorrangig von Interesse.

IRM Frau Giurano fragt, ob Berichte darüber existierten, dass das Projekt nachweislich unpassend für den angesprochenen Bereich sei. Sie habe Kenntnis davon, dass die angesprochenen Menschen nicht ausschließlich Arbeit, sondern auch Beratung gesucht hätten.

Die Verwaltung Frau Rehberg teilt mit, dass sie von Seiten der Projektverantwortlichen Frau Konuk bzw. durch den Veedelsmanager über die Annahme des Projekts fortlaufend informiert worden sei. Im Stadtteil Ehrenfeld selbst sei es sehr gut angenommen worden, im Bereich des sog. „Arbeiterstrichs“ (Hansemannstr.) jedoch nicht.

Zur weiteren Frage nach der unterschiedlichen Art der Integration der verschiedenen EU-Bürger/innen teilt sie mit, dass Menschen aus Italien, Spanien oder Griechenland hier in der Stadt größere Communitys hätten, denen sie sich anschließen könnten, als Menschen aus Bulgarien oder Rumänien. In Mülheim sei es beispielsweise so, dass sich türkischsprachige Menschen aus Bulgarien zum Teil der Gruppe der Türkischstämmigen anschließen. Darüber hinaus sei es für Menschen aus Bulgarien oder Rumänien aber eher schwer, sich bestehenden Communitys anzuschließen.

#### **5.8 Mal- und Fotowettbewerb zur Rainbow-Cities-Ausstellung 2017 0140/2017**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

#### **5.9 Pressemitteilung zu Unterkünften für LGBTI-Geflüchtete 0148/2017**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

#### **5.10 Praktika für geflüchtete junge Menschen- bisherige Anfragen und Vermittlungen 4350/2016**

IRM Herr Edis bedankt sich zunächst für die Mitteilung. Er möchte wissen, warum die Interkulturellen Zentren und auch die Migranten-Selbstorganisationen nicht auch als Kooperationspartner berücksichtigt werden. Er erfahre häufig von Geflüchteten, die auf der Suche nach Praktikumsplätzen seien. Es sei jedoch offenkundig immer noch schwierig, die verfügbaren Praktikumsplätze mit den Suchenden zusammenzubringen. Interkulturelle Zentren und Migranten-Selbstorganisationen könnten hierbei gute Unterstützungsarbeit leisten.



IRM Frau Ecken kündigt an, die Thematik nochmals mit dem Arbeitskreis 3 Erziehung, Bildung und Beruf erörtern zu wollen. Die Mitteilung sei hinsichtlich der Aussagen, warum Menschen nicht in Praktikumsplätze vermittelt werden konnten, nicht ausführlich genug.

Die Verwaltung Herr Johnen vom Amt für Personal, Organisation und Innovation beantwortet zunächst die Fragen von Herrn Edis wie folgt:

Das beschriebene Projekt sei kein von der Ausbildungsleitung der Stadt Köln initiiertes Projekt, d. h. die Zusammenstellung der Beteiligten erfolge von dritter Seite. Er nehme die Anregung, Interkulturelle Zentren und Migranten-Selbstorganisationen künftig zu berücksichtigen, aber gerne an und leite sie an die Bundesagentur für Arbeit sowie das Jobcenter als federführende Organisationen weiter.

Auf die Kritik der zu geringen Ausführlichkeit der Mitteilung bei nicht erfolgreich vermittelten Praktikumsplätzen antwortet Herr Johnen, die Formulierung bzgl. des unklaren Lebenslaufs sei vor allem aus Datenschutzgründen gewählt worden. Jede Bewerbung um einen Praktikumsplatz werde jedoch sorgfältig geprüft mit dem Ziel, jedem/jeder passenden/r Bewerber/in einen Praktikumsplatz anzubieten.

Denjenigen Personen, deren gewünschtes Berufsbild bei der Stadt Köln nicht vorhanden war, wurden Alternativen angeboten, die jedoch nicht von Interesse waren. Aufgrund dessen konnte ihnen kein Praktikum angeboten werden.

#### **5.11 Aktuelle Situation der Beschulung neu zugewanderter Kinder und Jugendliche 4370/2016**

RM Herr Joisten nimmt Bezug auf die Mitteilung bzw. auf die Situation in den Grundschulen. Integration setze frühe und möglichst umfassende Bildung voraus, die im Idealfall bereits in den Kitas erfolgen sollte, spätestens jedoch in der Grundschule. Wenn es sich jetzt bereits abzeichne, dass es sich allein räumlich nicht umsetzen lasse, Kinder von Neuzugewanderten im Grundschulalter gleichmäßig und dauerhaft zu beschulen, sei es erforderlich, so bald wie möglich entsprechende Maßnahmen zu treffen.

IRM Herr Vallecoccia erkundigt sich, wann die in der Mitteilung erwähnten 170 schulpflichtige neu zugewanderten Kinder/Jugendliche im Sek I-Bereich, die noch auf einen Schulplatz warteten, mit einem solchen rechnen könnten. Weiter möchte er wissen, ob er es richtig verstanden habe, dass alle Kinder unabhängig vom Aufenthaltsstatus im Primarbereich und auch alle Jugendlichen im Sek II-Bereich aktuell beschult werden könnten.

RM Frau Tokyürek nimmt Bezug auf die Angabe, dass die Kinder bzw. Jugendlichen im Anschluss an den Besuch einer Vorbereitungs-klasse in das Regelsystem wechseln und möchte wissen, ob es Statistiken darüber gibt, in welche Schulform die Kinder bzw. Jugendlichen wechselten.

Bzgl. der Angabe „Sek II“ erkundigt sie sich, welche Schulformen konkret dahinter stünden (Gymnasien, berufsbildende Schulen etc.) und ob eine entsprechende Unterteilung erfolgen könne.

IRM Frau Giurano fragt, ob bei der Zuweisung zu einer Schule der Wohnort der Familien berücksichtigt werde und die Beschulung wohnortnah erfolgen könne.

Die Verwaltung Frau Kremer-Buttkereit teilt mit, dass sich die Mitteilung vorrangig auf den Primar- und den Sek.-I- Bereich beziehe. Eine Aussage, wann genau die 170

wartenden Kinder einen Schulplatz erhalten würden, könne derzeit nicht getroffen werden. Derzeit würden Container an diversen Standorten geplant, in denen bereits eingeschulte wie auch neu zugewanderte Kinder zukünftig beschult werden sollten.

Auf die Frage von Herrn Vallecoccia antwortet sie, dass nur die schulpflichtigen Kinder, nicht aber diejenigen mit Schulrecht (also ohne Papiere in Köln lebend und auch noch nicht Köln zugewiesen) in der Angabe zu den wartenden Kinder enthalten seien.

Die Aufstellung der Container stehe unter Priorität 1 ganz oben, um eine Beschulung nahe am bestehenden Schulort bzw. –system zu ermöglichen. Jedoch würden aktuell auch außerschulische Lernorte geprüft, um Schulplätze in der benötigten Anzahl zur Verfügung zu stellen. Die Prüfung sei bereits weit fortgeschritten.

Auf die Frage von Frau Tokyürek nach Statistiken, wohin die Kinder nach den Vorbereitungsklassen wechselten, antwortet Frau Kremer-Buttkereit, dass es diese gebe, sie aber beim Schulamt angefordert werden müssten. Der Wechsel ins Regelsystem gestalte sich schwierig, weil die Schulen, die Vorbereitungsklassen anböten, in der Regel über keine freien Regelschulplätze verfügten. Hier zeige sich, dass immer noch Schulplätze fehlten. Vorbereitungsklassen gebe es in allen Schulformen des Sek I-Bereichs, also in den verbliebenen Hauptschulen, in Realschulen und Gymnasien. Lediglich die Förderschulen bildeten eine Ausnahme.

Das Schulamt sei im Primarbereich um wohnortnahe Beschulung bemüht. Diejenigen Kinder, die bereits eingeschult seien und die Unterkunft wechseln müssten, würden prioritär mit einem Schulplatz am neuen Wohnort versorgt.

Im Sek I-Bereich müssten jedoch auch längere Schulwege in Kauf genommen werden, vor allem aufgrund der Schulplatzsituation in einigen Stadtteilen wie Rodenkirchen, Porz und Mülheim.

RM Frau Hoyer kritisiert, dass bei Vorbereitungsklassen an außerschulischen Lernorten die zugewanderten Kinder unter sich seien und dies die Integration nicht nur nicht fördere, sondern sogar verhindere.

IRM Herr Vallecoccia erkundigt sich, ob auch die Zahlen der schulberechtigten Kinder übermittelt werden könnten. Weiterhin fragt er, was der Integrationsrat dazu beitragen könne, um die Beschulung der auf einen Schulplatz wartenden Kinder bzw. Jugendlichen zu ermöglichen.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau betont nochmals, wie aktuell das Thema fehlende Schulplätze in Köln sei und dass diesem derzeit mit der Aufstellung von Containern entgegen gewirkt werde. Die sodann benötigten Lehrerstellen könnten im Anschluss ohne weitere Verzögerung besetzt werden, so dass sich die Warteliste in Kürze verringern bzw. auflösen werde. Sollte es dennoch Kinder mit Anspruch auf einen Schulplatz, aber ohne verbindliches Angebot geben, erneuert er sein Angebot, ihm diese Kinder zu melden, um mit diesen konkreten Fällen bei der Bezirksregierung Köln vorstellig zu werden.

## **5.12 Aktuelle Informationen zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen - 12. Bericht 0213/2017**

Dieser TOP wurde gemeinsam mit TOP 5.3 behandelt. Die Mitteilungen werden zur Kenntnis genommen.

### **5.13 Beschluss des Rates in seiner Sitzung vom 20.12.2016 zu Mindeststandards für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten 0118/2017**

Die Verwaltung Frau Rehberg erklärt, dass es sich bei dieser Tischvorlage um eine erst am Sitzungstag schlussgezeichnete Vorlage bzgl. der Mindeststandards, die unter dem 20.12.2016 im Rat beschlossen wurden, handele. Die vollständige Vorlage werde den Mitgliedern des Integrationsrates nochmals zur Verfügung gestellt.

RM Herr Joisten nimmt Bezug auf das Treffen des Rundes Tisches für Flüchtlingsfragen und den dort diskutierten Betreuungsschlüssel in den Flüchtlingseinrichtungen, der laut Beschlussvorlage unverzüglich verringert werden sollte bzw. entsprechende Stellen geschaffen und besetzt werden sollten. Er teilt mit, dass die Verwaltung ausgeführt habe, dass rein rechnerisch der Schlüssel von 1:60 in den benannten Unterkünften bereits erfüllt sei. Die Träger wie auch die Politik seien allerdings der Ansicht, dass noch immer ein Schlüssel von 1:80 vorliege. Hierzu wollte die Verwaltung eine Stellungnahme vorlegen. Herr Joisten fragt, wann mit dieser zu rechnen sei, da das Thema dränge und von hoher Wichtigkeit sei.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau sagt zu, die Auflistung der Betreuungsschlüssel in den Unterkünften zum Zeitpunkt der nächsten Ratssitzung zu übermitteln.

RM Herr Joisten fragt nach, warum nicht die bereits vorhandene Berechnung, die den Betreuungsschlüssel 1:60 ausweise, zu einem früheren Zeitpunkt, z. B. bis zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses, übermittelt werden könne.

Die Verwaltung Frau Adams nimmt ebenfalls Bezug auf das Treffen des Rundes Tisches für Flüchtlingsfragen und teilt mit, an diesem Termin habe die Verwaltung erklärt, dass nach einer ersten überschlägigen Berechnung in den genannten Unterkünften ein Betreuungsschlüssel von 1:60 erreicht werde. Bis März werde gemäß dem Ratsbeschluss eine Konzeptionierung zur Gesamthematik (Ehrenamt, Betreuungsschlüssel, medizinischen Versorgung) erstellt, innerhalb derer auch einige weitere Einrichtungen berücksichtigt werden würden, die die gleichen Kriterien erfüllten, jedoch bislang in der Auflistung fehlten. Auch sei es erforderlich, im Rahmen des Gesamtkonzepts weitere zusätzliche Aspekte einbeziehen. Sie bittet darum, dem Fachamt diese Bearbeitungszeit zu belassen, um die Berechnung als Teil des Gesamtkonzepts vorlegen zu können.

RM Herr Joisten betont jedoch, dass man diese Thematik in der letzten Ratssitzung intensiv beraten und sich anschließend ausdrücklich darauf verständigt habe, dass man den Betreuungsschlüssel in den genannten Unterkünften „unverzüglich“ reduzieren werde; vorrangig vor allen anderen in Angriff zu nehmenden Aspekten.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau wiederholt nochmals seine Zusage, die Daten bis zur nächsten Ratssitzung liefern zu wollen. Eine frühere Erledigung sei aufgrund der Personalsituation bedauerlicherweise unmöglich,

RM Frau Heuser teilt mit, dass sie keine Probleme darin sehe, bis März mit der Übermittlung der exakten Daten zuzuwarten, wenn in den genannten Unterkünften wie beschrieben der Betreuungsschlüssel 1:60 erreicht sei.

Herr Prölß weist darauf hin, dass es sich hier nicht um einen formalen Betreuungsschlüssel handele, sondern dass dieser fachlich sinnvoll sei, weil die in den Unterkünften lebenden Flüchtlinge zusätzliche Betreuung dringend bräuchten. Er bittet mit Blick auf diese Situation darum, die mit dem Ratsbeschluss beschlossene Regelung des 1:60-Schlüssels auch sicherzustellen. Er appelliert daran, eine entsprechende Prüfung

durchzuführen und unverzüglich dafür Sorge zu tragen, dass dieser auch umgesetzt wird und zwar nicht nur rechnerisch, sondern auch tatsächlich.

## **6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

### **6.1 Antrag zur Verabschiedung des Positionspapieres ‚Identität stärken - natürliche Mehrsprachigkeit fördern!‘ AN/1887/2016**

Der Vorsitzende Herr Keltek informiert darüber, dass im Arbeitskreis ein Positionspapier entworfen wurde, welches in der Koordinierungsrunde diskutiert wurde. Die CDU hatte dort darum gebeten, den Punkt 8 neu zu formulieren. Die vorgelegte neue Formulierung führte aber nicht zu einer Zustimmung, deshalb wurde jetzt seitens der CDU darum gebeten, lediglich über die Punkte 1-7 abstimmen zu lassen und den Punkt 8 zur Diskussion zu stellen.

RM Frau Tokyürek hat eine Nachfrage zu Punkt 7. Sie möchte wissen, ob „mehrsprachig geprägt“ jede Person sei, die in Deutschland geboren wurde und neben ihrer Muttersprache Deutsch auch später Englisch gelernt habe, oder ob es sogar bedeute, dass jede Person, die mehrsprachig aufwachse, per sé interkulturelle Kompetenz habe. Sie vertritt die Ansicht, dass nicht pauschal von Sprachkompetenz auf interkulturelle Kompetenz geschlossen werden könne. Jemand, der nur Deutsch spreche, könne genauso auch über interkulturelle Kompetenz verfügen wie jemand, der zwar zweisprachig aufgewachsen sei, sich aber nur innerhalb eines Kulturkreises bewege und aufgrund dessen womöglich nicht über interkulturelle Kompetenz verfüge und diese erst erlernen müsse.

RM Frau Hoyer teilt mit, dass sie das Positionspapier gerne noch intensiver mit den Kollegen der FDP aus dem Bereich Jugend/Bildung besprochen hätte. Für die FDP sei der wichtige Aspekt des Erlernens der deutschen Sprache im Rahmen erfolgreicher Integration zu wenig ausführlich beschrieben wurde. Sie kündigt an, dass sie sich aus diesem Grunde bei einer Abstimmung über das Positionspapier für die FDP enthalten werde.

RM Herr Yurtsever hat eine Rückfrage zum letzten Satz von Punkt 2. Dort heißt es: „(...) erlernen Kinder mit Zuwanderungsgeschichte bei Eintritt in die Grundschule mit der Sprache Englisch bereits ihre zweite Fremdsprache.“ Dies würde heißen, dass bei zweisprachig hier aufgewachsenen Kinder Deutsch ihre erste Fremdsprache sei. Deutsch könne jedoch bei diesen Kindern nicht als Fremdsprache beschrieben oder verstanden werden.

RM Herr Joisten schlägt vor dem Hintergrund der zahlreichen weiteren in der Sitzung geäußerten Formulierungsänderungswünschen vor, das Positionspapier zurückzustellen und verbindlich einen Prozess zu vereinbaren, mit welchem das Papier überarbeitet und in einer der nächsten Sitzungen beschlossen werden könne. Sodann könne man es mit der Bildungslandschaft bzw. der Wirtschaft und/oder Wissenschaft abgleichen, bevor es in den Rat eingebracht werden könne.

RM Herr Erkelenz betont, dass es vorrangig darum gehe, ein gemeinsames Papier zu verabschieden. Er merkt nochmals an, dass bzgl. der üblicherweise in der Schule gelehrt Sprachen wie Englisch und Französisch kein sog. „gesellschaftlicher Sprachrassismus“ entwickelt werden solle. Es sei Konsens, dass die Muttersprache gestärkt werden müsse, um eine Grundlage zu bilden, weitere Sprachen, vor allem die deutsche Sprache, zu erlernen. Dies sei die Grundlage für berufliches Fortkommen.

Die im Berufsleben vorteilhaften Sprachen Englisch und Französisch sollten aus diesem Grunde auch nicht als sog. „Prestigesprachen“ bezeichnet werden.

Der Vorsitzende Herr Kelttek stimmt Frau Hoyer zu, dass das Erlernen der deutschen Sprache von größter Wichtigkeit sei, dass man aber auch die eigene Identität stärken müsse. Häufig erlebten Menschen aufgrund ihrer Sprache eine Benachteiligung. Insgesamt erklärt er sein Einverständnis mit der Überarbeitung des Positionspapiers und stellt den Antrag zurück.

Nach kurzer Diskussion schlägt der Vorsitzende Herr Kelttek vor, das Papier auf dem Klausurtag am 28.01.2017 zu diskutieren.

Dieser Vorschlag wird angenommen.

Dieser Antrag wurde zurückgestellt bzw. auf die nächste Sitzung verschoben.

## **6.2 Antrag zur Erstellung eines Handlungskonzeptes zur Erhöhung der Bewerbungs- und Einstellungszahlen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund AN/2161/2016**

IRM Herr Edis erläutert kurz die Hintergründe des Antrags. Vorausgegangen war eine Beantwortung einer Anfrage zur Anzahl der städtischen Auszubildenden von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Diese Zahlen offenbarten aus seiner Sicht eine rückläufige Entwicklung, welcher mit dem beantragten Handlungskonzept entgegengewirkt werden soll. Er betont nochmals die Wichtigkeit, mehr junge Menschen mit Migrationshintergrund für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu begeistern. Entsprechende Konzepte müssten jedoch auch öffentlichkeitswirksam begleitet werden. Migrationsselbstorganisationen sowie Interkulturelle Zentren sollten in jedem Falle einbezogen werden.

RM Frau Hoyer weist darauf hin, dass die Stellungnahme der Verwaltung feststellt, dass eine Umsetzung zum Einstellungsjahr 2017 nicht möglich ist.

Der Vorsitzende Herr Kelttek lässt unter Berücksichtigung der Stellungnahme über den Antrag abstimmen.

Der Integrationsrat beschließt unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Personalamtes (0156/2017), dass eine Umsetzung erst für den Einstellungsjahrgang 2018 möglich sei, folgende Empfehlung:

„Der Integrationsrat bittet den Rat, die Verwaltung aufzufordern, ein Handlungskonzept zur Erhöhung der Bewerbungs- und der Einstellungszahlen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund als Auszubildende bei der Stadt Köln vorzulegen und eine entsprechende Umsetzung zum Ausbildungsjahr 2018 vorzusehen.

Der Integrationsrat weist gleichzeitig deutlich darauf hin, dass dies lediglich eine Maßnahme im Gesamtkontext der Forderungen aus dem Interkulturellen Maßnahmenprogramm ist und bittet dringend darum, das Thema ‚Interkulturelle Öffnung der Verwaltung‘ als gesamtstrategische Ausrichtung auf allen erforderlichen Ebenen (z.B. beim Ausschreibungsverfahren, im Fortbildungsbereich etc. pp.) zu verfolgen.“

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt ohne Enthaltungen.

**Stellungnahme zum Antrag (AN/2161/2016) - Erstellung eines Handlungskonzepts zur Erhöhung der Bewerbungs- und Einstellungszahlen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund  
0156/2017**

**6.3 Benennung eines Teilstückes des Stammheimer Ufers nach Ali Kurt  
AN/0031/2017**

Der Vorsitzende Herr Keltek führt aus, dass dieser Antrag bereits vor zwei Jahren seitens des Integrationsrates gestellt wurde. Für die Benennung von Straßen oder Plätzen sei jedoch eine Wartezeit von zwei Jahren nach dem Tode des/der Betroffenen einzuhalten gewesen, die nun abgelaufen sei.

Herr Keltek führt aus, dass er erst am heutigen Tage Herrn Bezirksbürgermeister Fuchs habe erreichen können. Parallel dazu sei eine Stellungnahme des Amtes für Liegenschaften und Kataster eingegangen. Vor diesem Hintergrund schlägt er ein Gespräch des Arbeitskreis 5 Allgem. Rechtsfragen, Interkulturelle Öffnung und Antidiskriminierung mit der Liegenschaftsverwaltung vor. Der Antrag solle daher entsprechend zurückgestellt werden.

RM Herr Joisten regt an, eine Anfrage an die Bezirksvertretung Mülheim schicken zu wollen, wie mit dem seinerzeitigen Antrag aus 2014 umgegangen werden solle.

RM Herr Yurtsever schlägt vor, den Antrag ausschließlich an die Bezirksvertretung Mülheim zu richten, da diese ausschließlich entscheidungsbefugt sei.

RM Frau Hoyer begrüßt den Antrag im Namen der FDP ausdrücklich.

RM Herr Erkelenz schließt sich dem Wortbeitrag von Herr Yurtsever an.

IRM Herr Edis spricht sich dafür aus, den Antrag wie in 2014 formuliert zu belassen.

Der Vorsitzende Herr Keltek erklärt, dass das Liegenschaftsamt keine Möglichkeit sehe, ein mittiges Teilstück des Stammheimer Ufers umzubenennen. Man könne aber ein Teilstück von 1,3 km, welches unmittelbaren Bezug zum Unfallort habe, umbenennen und den nördlicheren Teil bis Flittard (1,8 km) als Stammheimer Ufer belassen.

RM Herr Joisten merkt nochmals an, Vorabreden auch mit dem Liegenschaftsamt als Fachamt seien nicht förderlich für den Meinungsfindungsprozess einer Bezirksvertretung. Aus diesem Grunde habe er bereits vorgeschlagen, sich ausschließlich an diese zu wenden und auf den früheren Antrag Bezug zu nehmen.

Der Vorsitzende Herr Keltek stellt nochmals fest, dass es sich bei dem aktuell vorliegenden Antrag lediglich um eine Bitte handele und bedankt sich bei Herrn Joisten für die Anregungen zum Prozedere.

RM Frau Hoyer schließt sich Herrn Keltteks Wortbeitrag an.

Der Vorsitzende Herr Keltek stellt anheim, über den Antrag in der vorliegenden oder in abgeänderter Form abzustimmen. Jedoch solle eine Abstimmung im Konsens erfolgen.

RM Herr Yurtsever schlägt vor, zunächst Gespräche mit dem Bezirksbürgermeister sowie dem Fachamt zu führen und eine Abstimmung erst in der nächsten Sitzung vorzunehmen.

Der Vorsitzende Herr Keltek stellt fest, dass bezüglich des Vorschlages von Herrn Yurtsever zum weiteren Vorgehen Einigkeit besteht.

Dieser Antrag wurde zurückgestellt bzw. auf die nächste Sitzung verschoben.

## **7 Berichte**

### **7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen**

Es liegen keine relevanten Berichte vor.

### **7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)**

Der Landesintegrationsrat beabsichtigt, bis zu den Wahlen im Herbst in 20 Städten gegen die Entwicklung der populistischen rechten Parteien eine Veranstaltungsreihe durchzuführen. Die Veranstaltung in Köln findet am 16.02.2017 im Rathaus statt.

## **8 Beschlussvorlagen**

### **8.1 Übertragung von Finanzmitteln des Integrationsrates in das Jahr 2017 4264/2016**

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt über diesen TOP abstimmen.

Der Integrationsrat beschließt folgende Empfehlung:

#### **Beschluss:**

Der Integrationsrat bittet die Kämmerin um Übertragung der Aufwandsermächtigung der zum Jahresende 2016 nicht verausgabten Mittel in Höhe von 4.600 € der Finanzposition 5095.574.2620.2 - Integration - Werbung, Öffentlichkeits- und Pressearbeit – in das Jahr 2017.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt ohne Enthaltungen.

### **8.2 "Flüchtlinge in Köln willkommen heißen" - ein Projekt zur Unterstützung von Flüchtlingsinitiativen – Kooperationsprojekt Forum für Willkommenskultur Träger: Kölner Flüchtlingsrat e. V. und Kölner Freiwilligen Agentur e. V. 3967/2016**

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt über diesen TOP abstimmen.

Der Integrationsrat beschließt folgende Empfehlung:

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln befürwortet die Verlängerung des Projekts „Flüchtlinge in Köln willkommen heißen“ (Forum für Willkommenskultur) des Kölner Flüchtlingsrates e.V. und der Kölner Freiwilligen Agentur e.V. und beauftragt die Verwaltung, die beiden Träger mit der Fortführung des Projektes – befristet auf weitere 2 Jahre bis zum 15.02.2019 – zu ermächtigen.

Für die notwendigen zahlungswirksamen Aufwandsermächtigungen i. H. v. 78.000 € sind im Doppelhaushalt 2016/2017 im Haushaltsjahr 2017 im Teilergebnisplan 1004 -

Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen entsprechende Mittel veranschlagt. Die Finanzierung lfd. zahlungswirksamer Aufwendungen für die Folgejahre ist im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung sichergestellt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt ohne Enthaltungen.

### **8.3 Dringend notwendige Errichtung von mobilen Wohneinheiten zur Flüchtlingsunterbringung - hier: An den Gelenkbogenhallen, 50679 Köln-Deutz, Flur 33, Flurstück 904 0277/2016**

RM Herr Joisten kritisiert, dass in der heutigen Sitzung über den Baubeschluss einer bereits in Betrieb genommenen Flüchtlingsunterkunft beschlossen werden solle und bittet um Erklärung. Er betont, dass der Integrationsrat grundsätzlich vorher einbezogen werden müsse, um entsprechend Einfluss nehmen zu können.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau äußert sein Bedauern über das fehlerhaft abgelaufene Prozedere und teilt mit, dass dies nicht der einzige Fall sei, in dem dies so erfolgt sei. Hintergrund sei der immens große Druck in der Vergangenheit gewesen, schnell für geeignete Unterkünfte sorgen zu müssen. In künftigen Verfahren werde man auf einen korrekten Verfahrensablauf achten.

Die Verwaltung Frau Adams verweist ebenfalls auf die Flüchtlingszahlen der letzten zwei Jahre sowie auf die mittlerweile aufgestockten Personalressourcen. Im Amt für Wohnungswesen ca. 100 Stellen zugesetzt worden. Viele der Stellen im Baubereich seien erst im Herbst letzten Jahres besetzt worden. Aufgrund dessen konnten Verwaltungsabläufe zum Teil nicht eingehalten werden. Man sei bemüht, die weiteren Vorgänge im April in den Rat einzubringen.

RM Herr Joisten möchte wissen, um wie viele Vorgänge es sich handelt, über die nachträglich beraten werden müsse. Er appelliert, auch bei zeitkritischen Angelegenheiten im Hinterkopf zu behalten, welche Rahmenbedingungen seitens der Politik zu beachten seien.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau stimmt Herrn Joisten zu und teilt mit, dass er aufgrund dessen angeregt habe, eine Stelle für Baucontrolling zu schaffen, die auch zum 01.01.2017 besetzt worden sei. Das Fachamt sei ausdrücklich darum bemüht, die üblichen Verwaltungsvorgänge einzuhalten und Versäumnisse nachzuholen.

RM Herr Erkelenz möchte ergänzend wissen, um welche konkreten Vorgänge es sich handle.

Die Verwaltung Frau Adams teilt mit, dass sich 2-3 Einrichtungen aktuell im Bau befänden. Einige weitere Vorlagen, deren Baubeginn für April/Mai geplant sei, würden ebenfalls im April und damit noch rechtzeitig in den Rat gebracht.

Der Vorsitzende Herr Keltok lässt im Anschluss an die Diskussion über diesen TOP abstimmen.

Der Integrationsrat beschließt folgende Empfehlung:



**Beschluss:**

Der Rat genehmigt die im Rahmen der Gefahrenabwehr erfolgte Herrichtung des Objektes „An den Gelenkbogenhallen“, 50679 Köln, zur Unterbringung von Flüchtlingen.

Für die erforderlichen Aufwandsermächtigungen wurden im Haushaltsplan 2016/2017 für das Haushaltsjahr 2016 in den einzelnen Teilplanzeilen folgende Mittel eingeplant:

- 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 2.105.401,67 €,
- 14 – Aufwendungen für Abschreibungen 36.905,70 €,
- 16 – sonst. ordentliche Aufwendungen in Höhe von 464.857,83 €,
- insgesamt 2.607.165,20 €.

Für die investiven Auszahlungsermächtigungen zur Errichtung der Außenanlage in Höhe von 259.304,83 € im Haushaltsplan 2016/2017 für das Haushaltsjahr 2016, Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 8, Auszahlung für Baumaßnahmen, bei Finanzstelle 5620-1004-0-5999 – Flüchtlings-Wohnheime, Finanzmittel in entsprechender Höhe zur Verfügung. Die Mittel wurden im Rahmen einer Sollumbuchung bei der Finanzstelle 5620-1004-1-5183, An den Gelenkbogenhallen, bereitgestellt.

Zur Finanzierung der investiven Auszahlungen für die Beschaffung des notwendigen Inventars sind im Haushaltsplan 2016/2017 für das Haushaltsjahr 2016 im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 0000-1004-0-0001, Mittel in Höhe von 153.941,97 € eingeplant worden.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt bei einer Enthaltung.

**8.4 Errichtung von vier konventionellen Bauten auf den städtischen Grundstücken Pater-Prinz-Weg, 50997 Köln-Rondorf zur Flüchtlingsunterbringung - Planungsbeschluss 4223/2016**

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt über diesen TOP abstimmen.

Der Integrationsrat beschließt folgende Empfehlung:

**Beschluss:**

Der Rat beschließt, die Planung zur Errichtung von vier konventionellen Bauten auf den städtischen Grundstücken Pater-Prinz-Weg, 50997 Köln-Rondorf, Gemarkung Rondorf-Land, Flur: 6, Flurstücke: 266, 267, 282, 283 zur Unterbringung von Flüchtlingen umzusetzen.

Der Rat ermächtigt die Verwaltung, ein Architekturbüro mit den Vorplanungen (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung, Kostenberechnung nach DIN 276, Genehmigungsplanung) auf der Basis der HOAI – Gebührenordnung - Leistungsphasen eins bis vier, Mindestsatz zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen von Architekten und Fachingenieuren (Statiker, Vermesser, Bodengutachter etc.) einzuholen.

Die voraussichtlichen Planungskosten belaufen sich auf rund 300.000 € brutto.

Zur Finanzierung der investiven Auszahlungen in Höhe von insgesamt 300.000 € stehen im Haushaltsplan zum Doppelhaushalt 2016/2017 Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 08, Auszahlung für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5620-1004-2-5172, Neubau Pater-Prinz-Weg, investive Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 300.000 € zur Verfügung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt ohne Enthaltungen.

**9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

**10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

RM Frau Tokyürek schlägt vor, sich als politisches Gremium zum Thema Ditib und den Spionagevorwürfen zu positionieren. Sie regt an, dieses Thema auf dem Klausurtag am 28.01.2017 zu diskutieren.